

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2009

Abgeschlossen am 30. Juni 2009. • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Die internationalen Institutionen setzen ihre Bemühungen gegen die Wirtschaftskrise fort. UNO, EU und G 20 fordern eine Verschärfung der Kontrolle über die Finanzinstitutionen und deren Produkte. Während Hypothekenbanken und Immobilienmakler in den USA weiterhin Probleme haben, beginnen Geschäftsbanken mit der Rückzahlung der Mittel aus dem Trouble Assets Relief Program (TARP). Rettungspläne für General Motors und Opel werden umgesetzt.

1. April: In den USA zahlen vier Banken (New York Signature Bank, Old National Bancorp, Iberian Bank, Bank of Marine) 340 Mio. \$ an Nothilfe zurück, die sie im Zuge des Trouble Assets Relief Program (TARP) erhalten haben.

2. April: Anlässlich des G-20-Treffens zur internationalen Finanzmarktkrise in London werden Mittel im Ausmaß von 1.100 Mrd. \$ zugesagt, damit internationale Organisationen zusätzliche Hilfe zur Überwindung der Krise bereitstellen können. So werden das Budget des IWF auf 500 Mrd. \$ und die Sonderziehungsrechte um 250 Mrd. \$ aufgestockt. Weiters werden Handelsfinanzierungen von 250 Mrd. \$ und die Aufstockung der Fazilitäten der Entwicklungsbanken beschlossen. Um Protektionismus zu verhindern, stimmen die Mitglieder für einen Verzicht auf Einführung neuer Handelshemmnisse bis 2010. Eine Wiederaufnahme der Doha-Runde gelingt nicht. Künftig sollen Hedge-Fonds ähnlich wie andere Finanzinstitutionen überwacht werden. Um die Stabilität des weltweiten Finanzsystems zu erhöhen, wird ein neuer Financial Stability Board das 1999 von den G 7 gegründete Financial Stability Forum ablösen. Dadurch erweitert sich der Kreis der Mitglieder auf alle G-20-Länder, Spanien und die EU. Der Board strebt eine länderübergreifende Regulierung der Finanzmärkte an.

3. April: Der IWF gewährt Mexiko eine Kreditlinie von 47 Mrd. \$. Damit ist Mexiko das erste Land, das das neue IWF-Instrument "Flexible Credit Line" (FCL)¹⁾ in Anspruch nimmt.

8. April: Die Europäische Zentralbank senkt die Leitzinssätze um 25 Basispunkte. Der Mindestbietungssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte wird mit 1,25%, der Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität mit 2,25% festgelegt.

16. April: In den USA wird der Immobilienkonzern General Growth Properties, einer der größten Verwerter von gewerblichen Immobilien, unter Gläubigerschutz gestellt.

23. April: Eine neue EU-Verordnung regelt Auflagen für Rating-Agenturen, die Staaten, Unternehmen und Finanzinstrumente beurteilen. Künftig müssen diese Agenturen registriert sein, um EU-weit prüfen zu dürfen. Sie dürfen keine Beratungstätigkeit für die geprüften Unternehmen erbringen, und die für die Prüfung Zuständigen müssen nach spätestens 5 Jahren wechseln.

Ausland

USA: TARP

G-20-Treffen

Mexiko: IWF-Kredit

Europäische Zentralbank:
LeitzinssätzeUSA: General Growth
Properties

EU: Rating-Agenturen

¹⁾ Mit der FCL kann der IWF stabilen und leistungsfähigen Schwellenländern einen Kreditrahmen gewähren, der flexibel genutzt werden kann. Die Rückzahlung soll innerhalb von 3¼ bis 5 Jahren erfolgen. Das neue Instrument dient vor allem zur Krisenbewältigung.

IWF: Frühjahrstagung	<p>26. April: Im Mittelpunkt der Frühjahrstagung des IWF steht der Finanzierungsbedarf der Institution zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Japan, die USA und die EU stellen jeweils 100 Mrd. \$, Kanada und die Schweiz jeweils 10 Mrd. \$ und Norwegen 4,5 Mrd. \$ an kurzfristigen bilateralen Krediten in Aussicht. Schwellen- und Entwicklungsländer fordern eine neue Quotenrevision zu ihren Gunsten.</p>
Europäisches Parlament: Bankvorschriften	<p>6. Mai: Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise verabschiedet das Europäische Parlament neue Bankvorschriften. Künftig müssen Banken 5% der verbrieften Produkte – Darlehen, die in Form von Wertpapieren weiterverkauft werden – in den eigenen Büchern behalten. Ein Großkredit darf 25% des Eigenkapitals nicht überschreiten. Eine Ausnahme gilt nur für Kredite zwischen Banken mit einer Kreditsumme unter 150 Mio. €. Für die Aufsicht über grenzüberschreitend tätige Banken wird ein Aufsichtskollegium geschaffen, in dem alle nationalen Behörden vertreten sind; der Home Supervisor vertritt den Hauptsitz der Bank.</p>
Tschechien: EU-Reformvertrag von Lissabon	<p>Der tschechische Senat stimmt für den EU-Reformvertrag von Lissabon. Für die Ratifizierung ist eine Bestätigung durch den Staatspräsidenten erforderlich.</p>
"Östliche Partnerschaft"	<p>Der IWF sagt Polen aus der "Flexible Credit Line" Mittel bis zu 20,5 Mrd. \$ zu.</p>
USA: Banken-Stresstest	<p>7. Mai: Anlässlich eines Gipfeltreffens in Prag unterzeichnen die EU, die Ukraine, die Republik Moldau, Weißrussland, Georgien, Armenien und Aserbeidschan ein multilaterales Abkommen ("östliche Partnerschaft") zur Verbesserung des wirtschaftlichen Austausches und zur Förderung der sozialen Kohäsion.</p>
USA: Fannie Mae	<p>8. Mai: Das Ergebnis des Stresstests bei den größten Banken der USA lässt bis 2010 weitere Verluste im Ausmaß von 600 Mrd. \$ erwarten. Diese entstehen vor allem durch den Ausfall von Privatkrediten. Für Kreditkarten wird eine Ausfallsquote von 22% prognostiziert.</p>
IWF: Kosovo	<p>In den USA fordert die Hypothekenbank Fannie Mae (Federal National Mortgage Association FNMA) vom Finanzministerium eine weitere Kapitalunterstützung von 19 Mrd. \$ an. Bereits im I. Quartal 2009 erhielt die Bank 15 Mrd. \$.</p>
Europäische Zentralbank: Leitzinssätze	<p>10. Mai: Der IWF bietet dem Kosovo die Mitgliedschaft an.</p>
EU: Intel	<p>13. Mai: Die Europäische Zentralbank senkt neuerlich die Leitzinssätze. Der Mindestbietungssatz der Hauptrefinanzierungsgeschäfte wird um 25 Basispunkte auf 1% herabgesetzt, der Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität um 50 Basispunkte auf 1,75%. In Abhängigkeit vom Bedarf der Geldpolitik will die EZB künftig Covered Bonds ankaufen (gesicherte Schuldverschreibungen, zu denen auch Pfandbriefe zählen).</p>
EU: Banken-Stresstest	<p>Die Europäische Kommission verhängt gegenüber dem Chiphersteller Intel (USA) eine Strafe im Ausmaß von 1,06 Mrd. €: Bei einem Marktanteil von 70% im Bereich der x86-Prozessoren hat Intel seine marktbeherrschende Stellung missbraucht, indem mittels versteckter Rabatte Konkurrenten vom Markt verdrängt wurden.</p>
USA: Freddie Mac	<p>Ein EU-weiter Stresstest wird vorbereitet, um die Widerstandsfähigkeit des europäischen Bankensektors gegenüber allfälligen Schocks zu prüfen.</p>
Deutschland: Opel	<p>Die Hypothekenbank Freddie Mac (Federal Home Loan Mortgage Corporation, USA) beantragt eine weitere Staatshilfe von 6,1 Mrd. \$.</p>
USA: Chrysler	<p>30. Mai: Die deutsche Bundesregierung legt einen Plan zur Rettung des insolvenzgefährdeten deutschen Autoherstellers Opel vor. Der österreichisch-kanadische Autozulieferer Magna und die russische Sberbank sollen Mehrheitsanteile übernehmen (Magna 20%, Sberbank 35%). 35% der Anteile verbleiben bei General Motors, 10% der Anteile gehen an die Beschäftigten von Opel. Die deutsche Bundesregierung stellt einen Überbrückungskredit von 1,5 Mrd. € zur Verfügung, der innerhalb von 5 Jahren in einen Bürgschaftsrahmen für Magna von 4,5 Mrd. € übergeführt werden soll. Um Opel vor der Insolvenz des Mutterkonzerns General Motors zu schützen, wird Opel einem Treuhänder übergeben. Die deutschen Opel-Standorte sollen erhalten bleiben, bis zu 2.600 Arbeitsplätze sollen aber abgebaut werden.</p>
	<p>1. Juni: Ein Sanierungsplan des Autoherstellers Chrysler (USA) wird von einem New Yorker Konkursgericht gemäß Chapter 11 des Insolvenzrechts genehmigt. Die zur Fortführung des Unternehmens notwendigen Vermögenswerte werden in die mit Fiat neugeschaffene Chrysler Group LLC eingebracht. Fiat erhält 20%, der Staat USA 8%</p>

und der kanadische Staat 2% der Unternehmensanteile. In der Konkursmasse verbleiben unerwünschte Vermögenswerte einschließlich 8 von 22 Produktionsstätten.

General Motors und die Citigroup werden aus dem New Yorker Aktienindex Dow Jones Industrial gestrichen.

8. Juni: Der deutsche Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) hält nach einer Kapitalerhöhung 90% der Aktien an der Hypo Real Estate Holding²⁾.

Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und Bahrain unterzeichnen ein Abkommen zur Schaffung einer Golfwährung, die ab 2013 ausgegeben werden soll.

9. Juni: In den USA beginnen weitere Bankinstitute, die Mittel aus dem Trouble Asset Relief Program (TARP) zurückzuzahlen. Durch Rückkauf von Vorzugsaktien vom Staat zahlen JPMorgan 25 Mrd. \$, Goldman Sachs 10,04 Mrd. \$, Morgan Stanley 10 Mrd. \$, die U.S. Bancorp 6,6 Mrd. \$, der Kreditkartenkonzern American Express Co 3,39 Mrd. \$, der Kreditkartenanbieter und Bankkonzern Capital One Financial Corp. 3,57 Mrd. \$, und die Bank of New York Mellon Corp. 3 Mrd. \$ zurück.

12. Juni: Weltweit sind 28.000 Menschen am Grippevirus H1N1 ("Schweinegrippe") erkrankt; die WHO ruft deshalb die höchste Pandemie-Warnstufe aus.

18.-19. Juni: Anlässlich der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel stimmen die Staats- und Regierungsoberhäupter einem zusätzlichen Protokoll zu, das nach einer weiteren und positiven Abstimmung Irlands über den Lissabon-Vertrag der Ratifizierungsurkunde beigelegt werden soll. José Manuel Barroso wird von den Ratsmitgliedern als Präsident der Europäischen Kommission für die Periode 2009/2014 benannt. Der Aufbau einer neuen Finanzmarktordnung soll bis Herbst 2009 in Form einer Verordnung festgelegt werden. Vorgesehen ist ein Europäischer Rat für Systemrisiken (ESRC) unter dem Vorsitz des Präsidenten der EZB. Der Rat soll die Risiken des Finanzsystems bewerten und überwachen. Weiters soll ein Europäisches Finanzaufsichtssystem (ESFS) aufgebaut werden. Drei neue EU-Behörden werden für das Bankensystem, für die Versicherungswirtschaft und für den Wertpapiersektor künftig mit den nationalen Behörden zusammenarbeiten.

24. Juni: Der UNO-Gipfel zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise findet in New York statt. UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon ruft die reichen Länder auf, ihren Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungsländern nachzukommen. Die UNO erwartet, dass das Weltsozialprodukt im Gefolge der Krise 2009 um 2,6% sinken wird. Die Zahl der Hungernden auf der Welt wird heuer die Grenze von 1. Mrd. überschreiten. Durch die Wirtschaftskrise werden zusätzlich 50 Mio. Menschen in extreme Armut geraten. Die UNO fordert eine stärkere Rolle bei Finanz- und Wirtschaftsfragen. Der Vorschlag von Prof. Stiglitz, eine neue Weltreservewährung zu schaffen, wird ohne Umsetzungspläne zur Kenntnis genommen.

USA: Dow Jones Industrial

Deutschland: Hypo Real Estate Holding

Golfwährung

USA: TARP

WHO: Pandemie-Warnstufe

Europäischer Rat Brüssel

UNO- Gipfel

Das Ökoprämiengesetz regelt den Zugang zur "Verschrottungsprämie". Diese Maßnahme wird gut angenommen. Das Parlament verabschiedet das Budget. Eine Haushaltsrechtsreform und das Stabilitätsprogramm werden vorgelegt. Im Übernahmeverfahren erreicht die Lufthansa die Annahmeschwelle von 75% der AUA-Anteile; die Europäische Kommission prüft die Übernahme der Fluggesellschaft.

Österreich

1. April: Das Ökoprämiengesetz BGBl. I Nr. 28/2009³⁾ tritt in Kraft. Es regelt die Voraussetzungen für den Erhalt einer Prämie von 1.500 € bei Fahrzeugtausch (Pkw). Dabei muss der alte Pkw vor dem 1. Jänner 1996 im Inland erstmals auf eine Privatperson zugelassen worden sein, über eine Begutachtungsplakette verfügen und vor der Abmeldung mindestens 1 Jahr durchgehend im Inland auf den Antragsteller angemeldet gewesen sein. Der Fahrzeughändler bestätigt die Verwertung des Altfahrzeuges durch einen inländischen Shredderbetrieb. Das Neufahrzeug muss mindestens in der Schadstoffklasse Euro 4 typisiert sein. Die Aktion ist bis 31. Dezember 2009 befristet, wobei die Auszahlung nur für die ersten 30.000 Autos erfolgt.

Ökoprämiengesetz

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. I. Quartal 2009", WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(4), http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=35583&typeid=8&display_mode=2.

³⁾ http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2009_I_28/BGBLA_2009_I_28.pdf.

Stabilitätsprogramm
2008/2013

21. April: Das Stabilitätsprogramm für die Jahre 2008 bis 2013 wird vorgelegt (Übersicht 1). Demnach erreicht das Budgetdefizit 2010 4,7% des BIP und sinkt 2013 auf 3,9%. Die Schuldenquote steigt bis 2013 auf 78,5% des BIP.

Übersicht 1: Eckdaten des Stabilitätsprogramms

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
BIP, real	+ 1,8	- 2,2	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,3
Inflationsrate (HVPI)	+ 3,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,9
	In % des BIP					
Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte	- 0,4	- 3,5	- 4,7	- 4,7	- 4,7	- 3,9
Schuldenquote	62,5	68,5	73,0	75,7	77,7	78,5

Q: Bundesministerium für Finanzen.

Lufthansa: Übernahmeangebot AUA

12. Mai: Mit Ende der Annahmefrist hat die Lufthansa 87% der AUA-Anteile erworben und damit die im Vertrag festgelegte Annahmeschwelle von 75% überschritten. Das Übernahmeangebot gilt bis 31. Juli. Die Europäische Kommission überprüft die wettbewerbsrechtliche Situation des Zusammenschlusses sowie die Beihilfen (500 Mio. €), die die AUA vom österreichischen Staat erhalten hat.

Gewerkschaften: Demonstration

13. Mai: An einer Demonstration der Großgewerkschaften gegen eine Nulllohnrunde und für faire Lohnerhöhungen nehmen in Wien 15.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer teil.

Bankenpaket

Die Bundesregierung stellt aus dem Bankenpaket 10 Mrd. € für die Haftung für Betriebsmittelkredite an Unternehmen zur Verfügung. Ab einem Umsatz von 50 Mio. € und einer Beschäftigtenzahl von mindestens 250 Arbeitskräften werden Haftungen für höchstens 300 Mio. € übernommen. Der Betrieb muss dafür ein Haftungsentgelt von 50 bis 200 Basispunkten der Haftungsquote zahlen. Es ist das Ziel, gesunde Betriebe während der Krise zu unterstützen.

Bundshaushalt 2009 und 2010

29. Mai: Der Nationalrat beschließt den Bundshaushalt für 2009 und für 2010. Er sieht 2009 Einnahmen von 63,88 Mrd. € und Ausgaben von 77,47 Mrd. € vor. Dies entspricht einem administrativen Defizit von 4,8% des BIP. Für 2010 sind Einnahmen von 57,59 Mrd. € und Ausgaben von 70,77 Mrd. € veranschlagt. Dadurch ergibt sich ein administratives Defizit von 4,6%. Das Defizit nach den Maastricht-Kriterien wird für 2009 mit 3,5% und für 2010 mit 4,7% prognostiziert, die Schuldenquote steigt 2009 voraussichtlich auf 68,5%, 2010 auf 73% und bis 2013 auf 78,5% des BIP.

Bundesfinanzrahmengesetze

Weiters werden das Bundesfinanzrahmengesetz 2009 bis 2012 und das Bundesfinanzrahmengesetz 2010 bis 2013 erlassen. Damit wird die Haushaltsrechtsreform des Bundes in zwei Etappen implementiert. Die erste Etappe 2009 umfasst die Einführung eines mittelfristigen Finanzrahmens mit Ausgabenobergrenzen, die nur für die konjunkturabhängigen Ausgaben variabel, für alle anderen Ausgabenpositionen jedoch fix sind. Dieser Finanzrahmen umfasst jeweils vier Jahre und wird jährlich rollierend aktualisiert.

Die Einnahmen des Bundes werden demnach von 58,67 Mrd. € 2011 auf 62,53 Mrd. € 2013 leicht steigen; die Ausgaben werden von 71,22 Mrd. € 2011 auf 74,66 Mrd. € 2013 erhöht. Das administrative Defizit des Bundes wird leicht verringert (von 4,3% des BIP 2011 auf 3,9% des BIP 2013). Das Maastricht-Defizit des Bundes verharrt bis 2012 auf etwas über 4% des BIP und sinkt erst 2013 wieder auf 3,7% des BIP.

Institute of Science and Technology

2. Juni: Das Institute of Science and Technology (IST) wird in Maria Gugging in Niederösterreich eröffnet. Seine Aufgabe sind die Grundlagenforschung und die Ausbildung von graduierten Studierenden im Bereich der Naturwissenschaften mit dem Bestreben, bis 2016 mit 500 Wissenschaftlerinnen bzw. Wissenschaftlern und Doktoratsstudenteninnen bzw. -studenten eine international anerkannte Elite-Forschungseinrichtung zu werden.